



NEUE REPUBLIK

www.rep.de | Politik – Wirtschaft – Soziales | Parteizeitung der REPUBLIKANER | Ausgabe September 2009 (Nr. 09/09)

An die Arbeit! Deutschland voranbringen – Versager abwählen

Alle reden davon, Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Doch bei der Bewältigung der Finanzkrise haben die Altparteien alles dafür getan, Wohlstand zu zerstören und Arbeitsplätze zu vernichten. Das böse Erwachen kommt nach der Wahl.

Milliarden an Steuergeldern wurden vergeudet, um die negativen Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt auf die Zeit nach der Wahl zu verschieben. Die „Abwrackprämie“ hat auf dem Automarkt ein Strohfeuer entfacht. Im Winter und im nächsten Jahr wird der Absatz um so dramatischer zurückgehen und Jobs in Handel und Industrie vernichten. Im Einzelhandel bricht das Geschäft jetzt schon ein – weil die Leute ihr Geld jetzt eben für Autos ausgeben, statt für andere Dinge.

Die steigende Arbeitslosigkeit ist längst da. Mit der Kurzarbeit, bei der ordentlich gemogelt wird, hält man sie bloß aus der Statistik

heraus. Auch das kostet wieder Milliarden.

Das schlimmste Signal: Banker und Großkonzerne wissen jetzt, dass sie für die Folgen ihrer Fehler nicht mehr haften müssen. Wenn sie erst mal groß genug sind, lässt der Staat sie schon nicht scheitern und haut sie auf Kosten der Allgemeinheit raus. Das ermuntert die Zocker und benachteiligt die soliden Unternehmer, die für ihr Handeln selbst einstehen.

Der Schuldenberg für die **Gute-Laune-Politik** der großen Koalition ist eine schwere Hypothek. Im Wirtschaftsministerium rechnet man schon durch, was eine saftige Erhöhung der Mehrwertsteuer auf

bis zu 25 Prozent bringt. Die letzte haben die Leute ja auch geschluckt, trotz gebrochener Versprechen. Und die vermeintliche Wohltat der Rentenerhöhung wird damit auch gleich wieder eingesammelt.

Dem Mittelstand und der Mittelschicht wird dieser Steuerwahnsinn das Genick brechen. Steuererhöhungen sind der sicherste Weg in mehr Arbeitslosigkeit. Lässt man die Steuererhöhungsparteien SPD und CDU weitermachen wie bisher, fahren sie den Karren endgültig gegen die Wand.

Wer Arbeit schaffen will, darf nicht Mindestlöhne einführen, sondern muss die Abgabenlast senken, damit man auch von niedrigen Ein-

kommen leben kann. Und er muss die Unterschichts-Einwanderung verhindern, damit die importierte Lohnkonkurrenz zurückgeht und die Sozialkassen entlastet werden. Wer Arbeitsplätze im Land halten will, darf nicht länger ein EU-Subventionskarussell unterstützen, bei dem die deutschen Steuerzahler die Verlagerung ihrer Arbeitsplätze ins Ausland auch noch selbst bezahlen dürfen.

Deutschland braucht einen Neuanfang. Der erste Schritt dazu ist, den Versagerparteien CDU, SPD, FDP, Grüne und „Linke“ mit dem Stimmzettel die rote Karte zu zeigen. An die Arbeit! Blau wählen!



Steinmeier kuppert bei Republikanern ab

Da ist der SPD-Kanzlerkandidat wohl etwas spät dran: „Vier Millionen neue Arbeitsplätze – wir sorgen dafür –“ mit diesem Motto sind die Republikaner bereits 2005 in den Bundestagswahlkampf gezogen.

Das Zehn-Punkte-Programm, das die Republikaner vor vier Jahren vorgelegt haben, packt das Problem – anders als Steinmeiers „Deutschlandplan“ – bei den Wurzeln. Streichung unsinniger Subventionen, Kürzung der überhöhten Zahlungen an die EU, Rückführung dauerarbeitsloser Ausländer unter Ausbezahlung erworbener Ansprüche an die Sozialkassen, Kündigung von Sozialabkommen mit

anderen Staaten, die den Kreis der Anspruchsberechtigten unverantwortlich ausgeweitet haben, Auflösung der ineffizienten Arbeitsagenturen und Förderung der Mitarbeiterbeteiligung in den Unternehmen durch steuerfreie Gewinnanteile sind nur einige der heute unverändert aktuellen Forderungen, die die Republikaner bereits 2005 formuliert haben.

„Das zeigt, dass die Republikaner

auch in dieser entscheidenden Frage die Zeichen der Zeit früher erkannt haben als die schwerfälligen Altparteien“, sagte der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer. Wieder einmal haben sich die Republikaner als „Vordenker“ erwiesen. Die Herausforderung des SPD-Kanzlerkandidaten zum Ideenwettbewerb nehmen die Republikaner gerne an.

DEUTSCHLAND

Kommunisten greifen nach der Macht

In der Parteizentrale der „DDR“-Diktaturpartei SED, die sich heute „Die Linke“ nennt, reibt man sich schon die Hände: So schwach, wie die SPD sich derzeit präsentiert, sind die nächsten rot-roten Koalitionen in den Ländern und bald auch im Bund nur noch eine Frage der Zeit, glauben die kommunistischen Strategen.

Die SPD wird sich diesen Machtgelüsten kaum ernsthaft widersetzen. In den Ländern hat Parteichef Müntefering seinen Genossen schon freie Hand gegeben. Und für die Zeit nach der Bundestagswahl wittert der linke Parteiflügel bereits Morgenluft. Kanzlerkandidat Steinmeier gilt bei Nahles, Wowerit & Co. schon längst als Auslaufmodell. Nach der Wahl, wird gemunkelt, werden sie die gemäßigte Parteiführung stürzen und 2013 im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ mit den Kommunisten zusammengehen. Dieser Linksrutsch wäre verhängnisvoll für unser Land. Eine Machtübernahme der Kommunisten wäre zerstörerisch für die ohnehin überlastete Mittelschicht, für den Wohlstand und für die geistige Freiheit in unserem Land.

Deshalb: Der Demokratie zuliebe – am 27. September den rechten Flügel des demokratischen Parteienspektrums stark machen und Republikaner wählen!

Holt unsere Jungs heim!

Das Afghanistan-Abenteuer eskaliert. Die Bundeswehr ist in einen Krieg geraten, der kaum zu gewinnen ist. Die Meldungen über blutige Zwischenfälle häufen sich. Doch CDU und SPD tun im Wahlkampf so, als gäbe es Afghanistan gar nicht.

Die Bundesregierung hat die Soldaten in den Krieg geschickt – aber wann und wie sie wieder nach Hause kommen sollen, scheint keinen in Berlin ernsthaft zu interessieren. Selbst der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühe kritisiert die fehlende Strategie und fordert den Abzug binnen zwei Jahren. Außen-

minister Steinmeier verspricht zwar einen Abzugsplan, will aber kein Datum nennen.

Dieses unverantwortliche Gezerre muss ein Ende haben. Unsere Soldaten riskieren ihr Leben für die Unentschlossenheit und Konzeptlosigkeit der Politik. Das

angebliche Ziel, den Terrorismus zu bekämpfen, indem man in ein einzelnes Land einmarschiert, ist erkennbar Unsinn. Deutschland hat sich als Hilswilliger der Amerikaner in ein Abenteuer begeben, das beendet werden muss, bevor es zum Desaster wird. Holt unsere Jungs raus aus Afghanistan!



Freiheit, Frieden und soziale Sicherheit wählen:

DIE REPUBLIKANER REP



DEUTSCHLAND

Kampf dem linken Terror

Jeden Tag brennt mindestens ein Auto in Berlin.

Mutmaßlich linksextreme Gewalttäter haben seit Jahresbeginn schon über zweihundert Fahrzeuge in der Hauptstadt angezündet, haben Recherchen der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ergeben.



Bis auf eine Festnahme Mitte Mai bleibt die Fahndung nach den Tätern meist erfolglos. Die verantwortlichen Politiker, voran Innensenator Erhart Körting, verharmlosen die Eskalation der linken Gewalt nach Kräften. So können gewalttätige Linksextremisten im rot-roten Berlin weitgehend ungestört ihr Unwesen treiben. Kein Wunder, bewegt sich doch gerade die SED-PDS-„Linkspartei“, die als „Linke“ in Berlin mit der SPD regiert, ungeniert in einer Grauzone zu gewaltbereiten Linksextremisten.

Selbst der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, warnte vor kurzem angesichts der anhaltenden Serie von Brandanschlägen in der Hauptstadt vor einer „Renaissance des linken Terrors“. Die Gewerkschaft der Polizei rechnet schon bald damit, dass es in Berlin bald „No-Go-Areas“ für die Polizei geben werde, in die sich die Beamten gar nicht mehr – oder nur noch in Mannschafsstärke – wagen, weil sie sofort von „linksautonomen“ Meuten angegriffen würden. „Dann überließe der Staat einen Teil seines Territoriums und alle Bürger darin der brutalen Willkür der Linksextremen“, warnt die „Preußische Allgemeine Zeitung“.

Höchste Zeit also für den von den Republikanern geforderten „Kampf gegen links“ zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat. Die Altparteien sind dafür offensichtlich zu feige.

Lissabon-Begleitgesetze: Die CSU fällt wieder um

Es war zu erwarten: Wenn es ernst wird, kassiert die CSU heimlich, still und leise wieder ein, was sie vorher markig verkündet hat. Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Neufassung der Lissabon-Begleitgesetze macht da keine Ausnahme.

Die an sich vernünftige Forderung, die Bundesregierung solle allen europäischen Regierungen ausdrücklich den Vorbehalt mitteilen, dass Deutschland dem Lissabon-Vertrag nur nach Maßgabe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zustimme, wurde angesichts des Widerstands aus der SPD bereits kassiert. Auch auf einer erläuternden Resolution will die CSU nicht mehr bestehen.

Dennoch bietet die überarbeitete Fassung der Begleitgesetze dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mehr Mitsprache- und Kontrollrechte, mit denen sie die willkürliche Übertragung weiterer Hoheitsrechte an die EU überwachen und verhindern können. Aber haben die Altparteien auch den Willen dazu?

Aus SPD und Union mehrte sich die Kritik am Bundesverfassungsgericht, das den Euromanen erst einmal die Suppe versalzen hat. Besonders laut tut sich der nordrhein-westfälische CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hervor, der den deutschen Nationalstaat am liebsten zugunsten der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufgeben würde.

Das Urteil von Karlsruhe allein reicht nicht aus, um die deutsche Souveränität zu bewahren. Dazu braucht es auch Abgeordnete, die sich zuerst dem eigenen Land und der eigenen Nation verpflichtet fühlen und nicht irgendwelchen übernationalen Ideologien. Wer die Euro-Fanatiker bei den Altparteien in die Schranken verweisen will, wählt deshalb die Republikaner.

Wird Bildung Glückssache?



Foto: pixelio

Bei diesen Zahlen wachsen verantwortungsbewussten Eltern graue Haare: Über zwei Dutzend „Problemschulen“ mit Ausländeranteilen von mehr als 80 Prozent listet eine Übersicht der „Berliner Zeitung“ auf.

Die Hälfte dieser Schulen weist 90 Prozent und mehr Schüler nichtdeutscher Herkunft aus. An solchen Schulen wird Bildung zur Glückssache – auch ohne die Schullotterie des rot-roten Senats. 30 Prozent der Plätze an weiterführenden Schulen in der Hauptstadt sollen künftig „verlost“ werden. Grundschulempfehlung und Eignung sollen dabei ausdrücklich keine Rolle spielen. Nach der Einführung der Gesamtschulen – in Berlin heißen sie „Sekundarschulen“ – zielt dieser kuriose Auswuchs sozialistischer Gleichmacherei offensichtlich auf die weitere Einebnung der Gymnasien.

Die Republikaner treten dagegen für ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungswesen ein, das umfassende Allgemeinbildung auf hohem Niveau vermittelt und dabei den unterschiedlichen Begabungen von Kindern und jungen Menschen gerecht wird. Erfreulich daher, dass der Berliner Leitende Oberschulrat Gerhard Schmid jetzt eine Forderung der Republikaner aufgegriffen hat: Getrennte Schulen für Einwandererkinder, damit alle besser gefördert werden können.

Steuern runter! Wenn nicht jetzt, wann dann?

So geht es nicht, Herrschaften: Erst die Staatsausgaben aufblähen und gigantische Schuldenberge auftürmen, und dann mit den Achseln zucken und erklären, Steuersenkungen seien nicht möglich, weil der Staat ja so viele Aufgaben erfüllen müsse.



Foto: pixelio

Umgekehrt wird ein Schuh draus. Der Staat muss seine Aufgaben und Ausgaben reduzieren, damit die Bürger, die mit ihren Steuern und Abgaben den Karren ziehen, wieder freier atmen können. Dann wird wieder mehr konsumiert und mehr investiert, die Wirtschaft wächst und damit auch der Wohlstand. Andere Länder haben es uns vorge-macht.

Auf den Aufschwung der Weltkonjunktur zu warten und dann irgendwann die Steuern wieder zu senken, wie die Union sich das vor-

stellt, funktioniert nicht. Was der Staat ausgibt, müssen die Bürger verdienen. Wenn er sie in schweren Zeiten nicht überlasten will, muss er weniger Geld verbrauchen. Niedrige Steuern, die von allen bezahlt werden, bringen dem Staatshaushalt unterm Strich mehr als immer höhere Steuern, die am Ende niemand mehr bezahlt.

Das Hochschrauben des Umverteilungsstaats, das SPD und Linke als Patentrezept anpreisen, führt dagegen in den Zusammenbruch. Je mehr öffentliches Geld verteilt

wird, desto höher die Erwartungen. Wenn Parteien und Verbände dann unentwegt predigen, dass noch mehr verteilt werden müsste, wächst die Unzufriedenheit, obwohl der Staat mehr Geld unters Volk bringt als je zuvor.

Das zerstört die Solidarität. „Der Staat muss darüber nachdenken, ob er – wie früher – dem Bürger gutes Recht gibt, oder ob er ihm mehr und mehr gutes Geld gibt“, sagt der Steuerreformer Paul Kirchhof. Die Krise ist die beste Chance, um umzusteuern.

POLITISCHE GEWALT:

Der Feind steht links

Linke Gewalt gegen rechte Demokraten: Was während der Europa- und Kommunalwahlkämpfe im Juni an der Tagesordnung war, setzt sich in diesem Sommer fort.

In Düsseldorf-Benrath überfielen offensichtliche Linksextremisten einen Informationsstand der Republikaner, raubten Wahlkampfmaterial und verletzten mehrere Standteilnehmer mit Reizgas. In Düsseldorf, wie vielerorts auch, wurden wieder hunderte Plakate zerstört. „Wir werden uns von diesen Übergriffen nicht von unserer politischen Arbeit abschrecken lassen“, bekräftigte der Kreisvorsitzende der Republikaner Karl-Heinz Fischer. **Eines jedenfall führen die fortgesetzten linken Übergriffe jedem unvoreingenommenen Bürger glasklar vor Augen: Die Feinde unserer Demokratie stehen links.**

Wege aus der Geburtenkrise



Deutschland ist der einzige EU-Mitgliedsstaat mit sinkender Geburtenrate. Die Geburtenziffer ist 2008 wieder gefallen und liegt mit 8,2 Neugeborenen auf tausend Einwohner weit unter dem EU-Durchschnitt auf dem 27. – und damit letzten – Platz.

Klarer kann man das Scheitern der CDU-Familienministerin von der Leyen nicht dokumentieren. Der Einbruch der Geburtenrate ist die Quittung für eine wirtschaftsfixierte Pseudo-Familienpolitik ohne Rücksicht auf das Wohl von Frauen und Kindern. Elterngeld und Krippensozialismus sind Auswüchse einer überholten Denkweise, die Kinder wahlweise als Wirtschaftsfaktor betrachtet, der sich ökonomischen Zwängen unterordnen muss, oder als lästige Störer beim Aufstieg ihrer Mütter auf der Karriereleiter.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedeutet nicht, alle Mütter Vollzeit arbeiten zu lassen und die Kindererziehung zu verstaatlichen, sondern den Eltern finanziell und zeitlich Luft zu lassen, um so intensiv für ihre Kinder dasein zu können, wie sie das selbst wünschen.

Das heißt konkret: Mehr Teilzeit-Arbeitsplätze, steuerliche Entlastung von Familien durch Familiensplitting mit hohen Freibeträgen für alle Haushaltsmitglieder, Aufhebung der bürokratischen und fiskalischen Benachteiligung von Tagesmüttern und privaten Betreuungsmodellen.

Nicht nur, dass potentiellen Eltern die Lust am Kind vergällt wird: Jahr für Jahr kehren Hunderttausende – meist gut ausgebildete – Deutsche ihrer Heimat den Rücken, in der sie außer Steuerzahlen keine Perspektive mehr sehen. Es gibt viel zu tun. Frau von der Leyen und die große Koalition tut konsequent das Falsche.

KOMMENTAR ...

Das Opel-Theater

Wird Opel verkauft, und wenn ja, an wen? Oder behält General Motors (GM) seine europäische Tochter lieber doch? Die Bundesregierung hat sich mit ihrem dilettantischen Versuch, Opel wahlkampfwirksam mit Staatshilfe zu „retten“, gründlich lächerlich gemacht.

Seit Wochen führt die GM-Führung, hinter der die US-Regierung steht, Kanzlerin, Außen- und Wirtschaftsminister am Nasenring durch die Manege. Hektische Telefonanrufe in Amerika bleiben wirkungslos, das verzweifelte Winken mit weiteren Staats-Milliarden wird ebenso ignoriert wie halbherzige Drohungen, gar nichts zu geben.

Mit der Fixierung auf ein wackeliges Konsortium aus dem Autzulieferer Magna und russischen Partnern, die selbst ins Schlingern gekommen sind, hat die Bundesregierung sich gründlich in die Sackgasse manövriert. Sie hat sich dem erstbesten Partner an den Hals geworfen und riskiert nun, dass die hastig lockergemachten Milliarden aus der Steuerkasse in den Sand gesetzt werden, wenn Opel doch noch in die Insolvenz geht.

Besser wäre es gewesen, alle Angebote und Möglichkeiten zu prüfen, ohne sich vorschnell festzulegen.

Die Mehrzahl der Steuerzahler, die selber um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, werden es CDU und SPD ohnehin nicht danken, dass sich die große Koalition auf ihre Kosten so einseitig für ein einzelnes Unternehmen verkämpft.

Lebenslänglich Steuerzahler

Von der Wiege bis zur Bahre – Steuern zahlen, Steuern zahlen. Seit einigen Jahren sind jetzt auch die Rentner dran. Nach der Wahl wird es für viele ein böses Erwachen geben: Es drohen Steuernachzahlungen gleich für mehrere Jahre.

Gern stellt man es in Berlin so hin, als seien von der Pflicht zur Rentenversteuerung nur ein paar Wohlhabende und Gutverdiener betroffen. Dabei wird die Steuerpflicht längst

zum Normalfall für Ruheständler. Der zu versteuernde Rentenanteil steigt kontinuierlich, so dass immer mehr Rentner über die Grundfreibetragsgrenze kommen.

Die Folge: Zahlreiche Rentner wissen gar nicht, dass sie verpflichtet sind, eine Steuererklärung abzugeben. Regierung und Behörden versäumen es, sie rechtzeitig aufzuklären, weil sie übers Abkassieren nicht so gerne sprechen. Erst sich brüsten mit einer auch nur bescheidenen Rentenanhebung, nach der Wahl dann die Rentner verschäft zur Kasse bitten – auch eine Form von Abzockerei!

Zu rechtfertigen wäre die kommende nachgelagerte Besteuerung der Renten im übrigen nur, wenn die künftigen Rentner, also die jetzigen Berufstätigen, im aktiven Erwerbsleben entsprechend entlastet würden. Statt dessen wird die Steuer-schraube immer fester angezogen. Wer arbeitet, Steuern und Abgaben bezahlt, ist der Dumme – das muss sich schleunigst ändern.

Explodierende Sozialhilfelasten

Wieder sind die Ausgaben für Sozialhilfe in Deutschland kräftig gestiegen – 2008 um rund fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Am stärksten stiegen die Hilfen zum Lebensunterhalt, um mehr als 16 Prozent nämlich. Als Folge der Krise könnten die Lasten im laufenden Jahr noch dramatischer steigen.

Die linken Forderungen nach noch besserer Absicherung der Transferempfänger sind wohlfeil: Es ist leicht, sich auf anderer Leute Rechnung als Wohltäter im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ zu brüsten. Vergessen wird dabei gern, dass jeder Steuer-Euro, der umverteilt wird, auch verdient

werden muss: Und das nicht etwa von den „Reichen“, sondern von den ganz normalen Arbeitern und Steuerzahlern – von der Mittelschicht eben, die von den linken Umverteilern längst stillschweigend zu den „Reichen“ und „Besserverdienern“ dazugerechnet wird.

Sparen bei den staatlichen Ausgaben darf vor den Sozialetats nicht haltmachen. Wer unverschuldet in Not gerät, dem muss geholfen werden. Aber wir müssen uns auch fragen, ob wirklich jeder, der sich in unserem Land aufhält, Anspruch auf großzügige Sozialfürsorge ohne Gegenleistung haben kann. Wer Solidarität beansprucht, muss auch seinen Willen zeigen, zur Solidargemeinschaft der Deutschen dazuzugehören.

Wahlkampf als Volksveralberung

Dieser Wahlkampf ist der letzte Beweis: Die Altparteien nehmen uns Bürger nicht ernst. Im Kreis reden sie um den heißen Brei herum und drücken sich vor klaren Aussagen. Außer Phrasen nichts gewesen.

Das Niveau der Wahlwerbung gräbt sich im Keller ein Loch. Tiefe Dekolletes bei CDU-Plakaten, nackte Hinterteile bei Grünen und „Linken“ – nein, das will wirklich keiner mehr sehen. Kein Wort darüber,

dass die Krise noch lange nicht vorbei ist und wie die gigantischen Staatsschulden getilgt werden sollen, die die kommenden Generationen erdrücken. Kein Wunder, dass die „Horst Schlämmer Partei“ auf

Anhieb 18 Prozent bekäme, wenn man sie denn wählen könnte.

Komiker Hape Kerkeling hält der politischen Klasse den Spiegel vor: Jedem nach dem Mund reden und immer schön zuerst an sich selbst denken – die Karikatur wirkt glaubhafter als das Original im Berliner Politikbetrieb.

Hape Kerkeling alias „Horst Schlämmer“ will einen Film vermarkten und Geld damit verdienen.

Satire schön und gut, aber Deutschland braucht eine Wende. **Unser Land braucht Politiker, die das Interesse der Nation und ihrer Bürger an die erste Stelle setzen. Die klar sagen, was sie für dieses Land tun wollen, und sich nicht scheuen, auch mal unbequeme Wahrheiten auszusprechen und unpopuläre Forderungen zu stellen, wenn das Gemeinwohl auf dem Spiel steht. Deutschland braucht die Republikaner.**



Zensur schreibt sich mit „C“ wie CSU

Joachim Herrmann, Antifa-Aktivist und im Nebenberuf bayerischer Innenminister, hat mal wieder ein ganz dringendes Problem: Man brauche unbedingt „härtere Maßnahmen wie eine Sperrung von rechtsextremen Internetseiten“.

Angeblich nehme die Zahl „rechtsextremer Inhalte“ im Internet und in sozialen Netzwerken sprunghaft zu. Exakte Definitionen – oder gar Vergleichszahlen zu linksextremen Inhalten – werden wie üblich nicht gegeben; deren Bekämpfung bereitet dem CSU-Innenminister ja wohl auch kein Kopfzerbrechen. Linke nehmen der CSU keine Stimmen weg!

Junge Leute verbrachten „immer mehr Zeit im Internet“ – diese sensationelle Erkenntnis hat den Herrn Herrmann aufgeschreckt: „Damit das Medium weiterhin Demokratie und Toleranz fördern kann, muss Rechtsextremen in sämtlichen Diensten die Rote Karte gezeigt werden.“

In einem hat er ja recht: Das weltweite Netz darf kein rechtsfreier Raum sein. Daraus folgt aber nur, dass strafrechtliche Verstöße geahndet werden müssen. Für die Zensurphantasien eines bayerischen Innenministers kann das keine Rechtfertigung sein. Sonst fallen wir noch hinter die Errungenschaften der deutschen Freiheitsbewegung von 1815, 1832 und 1848 zurück:

Wir brauchen keine allmächtige Obrigkeit-Gouvernante, die für uns entscheidet, mit welchen Meinungen wir uns auseinandersetzen dürfen. Das können wir als mündige Bürger schon selbst.

Hollywood verherrlicht Kriegsverbrechen

„Fröhliches Nazischlachten“ versprechen die selbst in seriösen Medien veröffentlichten Jubel-Rezensionen zum Machwerk „Inglorious Bastards“ von Hollywood-Regisseur Quentin Tarantino. Dahinter verbirgt sich die krude und blutrünstige Verherrlichung von Kriegsverbrechen.

Im Mittelpunkt des Films steht ein bunter Haufen alliierter Soldaten, die im letzten Kriegsjahr nach der Landung der Alliierten beim hemmungslosen Feindemorden ohne Rücksicht auf geltende völkerrechtliche Normen selbstverständlich keinen Unterschied zwischen Deutschen und „Nazis“ machen. So wie Schriftsteller Ernest Hemingway, der sich in seinen Büchern rühmte, damals einen deutschen Jungen von hinten erschossen und einen kriegsgefangenen deutschen Offizier einfach ermordet zu haben.

Wird der Gegner ideologisch abgewertet und nicht mehr als Mensch wahrgenommen, scheint alles erlaubt. Das gilt keineswegs nur in totalitären Systemen. Wohin diese Haltung auch heute führen kann, haben unter anderem Massaker amerikanischer Truppen in Vietnam und Irak gezeigt. Menschenhassende Amokläufer dürfen sich durch den Tarantino-Film ebenfalls ermuntert fühlen.

Über den Kriegsverbrechen amerikanischer Truppen beim Einmarsch in Westdeutschland liegt noch immer ein Tabu. In einer Anfrage (12/692) haben die Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg schon 1996 herausgefunden, dass das besatzungsrechtliche Verbot für die deutsche Justiz, gegen alliierte Kriegsverbrecher zu ermitteln, auch nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 weitergilt. Hier Klarheit zu schaffen wäre nach Ansicht der Republikaner wichtiger, als sich an menschenverachtenden US-Propagandafilmen zu berauschen.

Vertreibung aus den Melderegistern

Auf Empfehlung des Bundesinnenministers wurden die deutschen Heimatvertriebenen ein weiteres Mal aus ihren Heimatorten verjagt – diesmal über die Melderegister.

Wolfgang Schäubles Neuregelung sieht vor, dass Personen, die nach dem 2. August 1945 – dem Abschluss der Potsdamer Siegerkonferenz – auf dem Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 geboren wurden, in den Einwohnerregistern mit den Geburtsländern „Polen“ bzw. „Russland“ geführt werden sollen. Erst auf massiven Protest der Vertriebenenverbände hin sicherte die Union widerwillig zu, künftig „völkerrechtliche Positionen“ zu wahren.

Schäuble hat mit seiner Empfehlung deutschlandpolitische Ignoranz bewiesen. Noch 1973 hat das Bundesverfassungsgericht die jahrzehntelange Rechtspraxis bestätigt, Deutschland bestehe „in den Grenzen von 1937“ fort bis zum Abschluss einer „friedensvertraglichen Regelung“. Eine neue Rechtslage ist allenfalls mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag und dem Grenzerkennungsvertrag von 1990 entstanden, der am 16. Januar 1992 in Kraft getreten ist.

Die Schäuble-Empfehlung grenzt nicht nur in unerträglicher Weise Deutsche aus, die im August 1945 noch gar nicht vertrieben waren oder danach noch in der Heimat geboren wurden. Sie zeigt auch einen erschreckenden Verlust an grundlegenden Kenntnissen über die Geschichte und Rechtslage des deutschen Ostens, der dringende Verbesserungen in der politischen Bildung anmahnt. Dieses Versagen muss sich gerade die Union weiterhin zuschreiben lassen.

Martin Huber wird Richter

Sechzehn ehrenamtliche Richter darf der bayerische Landkreis Erding zum Verwaltungsgericht München benennen. Mit auf der gemeinsamen Vorschlagsliste der Kreistagsfraktionen steht der Republikaner-Politiker Martin Huber.

Die Benennung bedeutet zugleich eine Würdigung der langjährigen Verdienste des erfahrenen Kommunalpolitikers.

Martin Huber, der zugleich stellvertretender Landesvorsitzender seiner Partei ist und auf einem vorderen Platz der bayerischen Landesliste zum deutschen Bundestag kandidiert, wird künftig auch als ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht unbestechlich die Interessen der Bürger wahren und sich für Demokratie und Rechtsstaat einsetzen.



Veranstaltungen der Republikaner zur Bundestagswahl

Freitag, 18. 09. 2009, 10.00 bis 15.00 Uhr
Marienplatz, München

Urusla Winkelsetz; Dr. Rolf Schlierer; Martin Huber; Johann Gärtner u. a.

Mittwoch, 09. 09. 2009, 19.30 Uhr
„Vereinsheim“, Mödingen

89426 Mödingen, Zöchlingsweilerstraße
Dr. Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender

Donnerstag, 17. 09. 2009, 19.30 Uhr
„Bürgerhaus – Musikzimmer“, Bad Homburg

61350 Bad Homburg-Kirdorf, Stedter Weg 5
Landesvorsitzender Haymo Hoch zum Thema: „Die Wiedergeburt des Nationalstaates“

Freitag, 18. 09. 2009, 19.30 Uhr
Gaststätte „Alt Versbach“, Würzburg

97078 Würzburg-Versbach, Steigstraße 11
Dr. Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender

Samstag, 19. 09. 2009, 15.00 Uhr
Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Pommelsbrunn

91224 Pommelsbrunn, Nürnberger Straße 7
Rudolf Baldauf, stv. Landesvors.; Alexander van Drage, stv. Bezirksvors.

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP

Spendenkonto Nr. 387 450 460, Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**Die Republikaner, Bundesverband
Postfach 52 01 29, 48087 Münster**

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 87 02 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.)
Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: M. Ewert